

Engagementpolitische Bewertung der Zwischenergebnisse des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation

Fragebogen

Der vorliegende Fragebogen komprimiert die im Zwischenbericht des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation angelegten politischen Vorschläge. Wir möchten Sie bitten, diese zu bewerten. Wir sichern Ihnen eine anonymisierte, quantitative Auswertung der Fragebögen zu. Mit der Umfrage möchten wir uns ein Meinungsbild der Akteure im Feld verschaffen, das den Ausgangspunkt für Empfehlungen an die Bundesregierung darstellt. Wir sind uns bewusst, dass die Umfrageergebnisse keine Repräsentativität beanspruchen können.

Im Rahmen des Fragebogens bitten wir Sie zunächst, einige Angaben zu ihrem persönlichen Hintergrund zu machen und uns mitzuteilen ob Sie an den ersten beiden Fachkongressen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation teilgenommen haben. Auch wenn Sie nicht an den Kongressen teilgenommen haben, sind wir an Ihrer Bewertung sehr interessiert.

Der Fragebogen ist in zehn Themenfelder gegliedert. Innerhalb dieser Themenfelder werden konkrete politische Maßnahmen aufgeführt. Wir möchten Sie bitten, die aus Ihrer Sicht drei wichtigsten Themenfelder zu benennen. Innerhalb dieser kennzeichnen Sie bitte die Ihrer Meinung nach wichtigsten politischen Maßnahmen. Es besteht aber auch die Möglichkeit Themenfelder oder Maßnahmen, die Sie vermissen, zu ergänzen.

Bitte senden Sie uns den Fragebogen bis zum **31. August 2009** zurück (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin). Wir möchten darauf hinweisen, dass für die Empfehlungen an die Bundesregierung lediglich Stellungnahmen berücksichtigt werden können, die bis zu diesem Datum vorliegen.

Bewertung und Kommentierung

Zusätzlich zum Fragebogen möchten wir Ihnen als Organisation oder Experte die Möglichkeit geben, eine eigene Bewertung und Kommentierung der Zwischenergebnisse vorzunehmen. Diese dient der Weiterentwicklung der engagementpolitischen Agenda im Rahmen des Nationalen Forums. Sie werden im Gegensatz zum Fragebogen nicht anonymisiert auf unserer Homepage veröffentlicht. Bitte lassen Sie uns Ihren Kommentar bis zum **30. September 2009** für die Veröffentlichung im Internet als Datei zukommen (forum@b-b-e.de).

Sollte uns Ihre Stellungnahme bis zum 31. August 2009 erreichen, kann sie in Ergänzung zur quantitativen Auswertung der Umfrage mittels der Fragebögen für die Empfehlungen an die Bundesregierung berücksichtigt werden.

Fragebogen zur engagementpolitischen Bewertung der Zwischenergebnisse des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation

Ich bin Vertreter/in

- einer zivilgesellschaftlichen Initiative oder Vereins
- eines Verbandes
- einer Stiftung
- eines Unternehmens
- der Wissenschaft
- einer Partei / der Politik
- einer Bundesbehörde
- einer Landesbehörde
- einer Kommunalverwaltung
- oder als engagierter Bürger oder Experte

Weitere:

Ich habe am 27.4. und/oder 15.5. an folgendem Dialogforum teilgenommen:

Wenn ja

- DF 1 Infrastruktur: Engagementangebote und Engagementförderung in Bund, Ländern und Kommunen
- DF 2 Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen
- DF 3 Soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungsfaktoren
- DF 4 Engagement in der demokratischen Gesellschaft – Engagement als Partizipation
- DF 5 Engagementförderung durch Unternehmen
- DF 6 Bildungspolitik und Engagementförderung
- DF 7 Qualifizierung und Organisationsentwicklung für Engagierte und Hauptamtliche
- DF 8 Engagementforschung und Politikberatung
- DF 9 Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Europa
- DF 10 Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft

- Nein**

Hinweis zur Beantwortung des Fragebogens:

Bitte kennzeichnen Sie drei zentrale Themenfelder (fett gedruckt). Innerhalb der von Ihnen gewählten Themenfelder kreuzen Sie bitte drei zentrale Maßnahmen an. Sollten aus Ihrer Sicht Themenfelder oder Maßnahmen fehlen, ergänzen Sie diese bitte.

Themenfeld:

- Infrastruktur: Engagementangebote und Engagementförderung in Bund, Ländern und Kommunen** (Zwischenbericht S. 14, 24f., 29-36)

Maßnahmen:

- Einführung einer Engagementförderstrategie des Bundes zur Zielabstimmung und Koordination engagementpolitischer Maßnahmen (Engagementförderplan)
- Entwicklung von Förderprogrammen für engagementferne Gruppen, um ungehobene Engagementpotentiale und neue Zugangswege zum Engagement zu erschließen
- Weiterentwicklung von Engagementförderung und Engagementangeboten entlang gesellschaftlicher Bedarfe (z.B. demographischer Wandel, Integration)
- Entwicklung qualitativer Mindeststandards für die Engagementförderung
- „Sockelfinanzierung“ einer Engagement fördernden Infrastruktur durch die öffentliche Hand, um einen sinnvollen Umfang an Infrastruktur und deren Kontinuität sicherzustellen
- Nutzung und Erweiterung von Internetportalen, um die Vielfalt der Engagementangebote auf Themen und Zielgruppen bezogen angemessen abzubilden und zugänglich zu machen

Ergänzung:

Themenfeld:

- Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen** (Zwischenbericht S. 15, 24, 38-50)

Maßnahmen:

- Einführung eines Gesetzes zur nachhaltigen Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements, das die Einführung eines regelmäßigen Engagementberichts, die Schaffung der Position eines Beauftragten für Engagement und Partizipation, der dem Bundestag gegenüber berichtspflichtig ist sowie eine Verträglichkeitsprüfung aller Gesetzesentwürfe der Bundesregierung hinsichtlich der Engagementverträglichkeit umfasst
- Vereinfachung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts, um bürokratischen Aufwand zu vermeiden
- Modernisierung des Vereinsrechts, um die ehrenamtliche Übernahme von Verantwortung attraktiver zu gestalten (z.B. Haftungsbeschränkung von Vereins- und Stiftungsvorständen)
- Schaffung einer ressortübergreifenden und einheitlichen Regelung der Freiwilligendienste (z.B. Freiwilligendienststatusgesetz) zur rechtlichen Absicherung und Ausweitung der Freiwilligendienste
- Schaffung eines ausreichenden Angebots an Plätzen innerhalb der Freiwilligendienste
- Schaffung eines dynamischen und übersichtlichen Versicherungsschutzes für freiwillig Engagierte
- Fortentwicklung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts und seine transparente Gestaltung von Förderungskriterien und Vergabep Praxis, sodass für den Dritten Sektor die Verfügbar-

keit und Verwendung von öffentlichen Mitteln planbarer wird (u.a. Berücksichtigung des Bürgerschaftlichen Engagements als Eigenmittel im Rahmen des Zuwendungsrechts Zuwendungsstrategie)

Ergänzung:

Themenfeld:

- Soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungsfaktoren für Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt** (Zwischenbericht S. 15f., 25f., 52-59)

Maßnahmen:

- Entwicklung einer engagementfreundlichen Zeitpolitik, wie zum Beispiel die Weiterentwicklung von Sabbatzeiten
- Berücksichtigung von Bürgerschaftlichem Engagement bei Arbeits- und Ausbildungszeiten, um die Vereinbarkeit von Familie, Schule und Ausbildung sowie Erwerbsarbeit mit Bürgerschaftlichem Engagement zu verbessern
- Es ist zu untersuchen in welchem Maße Monetarisierung den Eigensinn und die Motivation von Freiwilligkeit untergräbt
- Stärkere Berücksichtigung des Eigensinns des Engagements im Rahmen der arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen
- Stärkere Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen sozialer Sicherung und Engagementförderpolitik
- Entwicklung passgenauer Angebote für Engagierte, die ihnen Bürgerschaftliches Engagement in allen Lebensphasen ermöglichen sowie für engagementferne Gruppen

Ergänzung:

Themenfeld:

- Engagement in der demokratischen Gesellschaft – Engagement als Partizipation** (Zwischenbericht S. 16f., S. 61-68)

Maßnahmen:

- Erweiterung und Öffnung politischer Beteiligungsformen in einzelnen Politikfeldern (z.B. Stadtplanung, Umwelt) durch Bundesgesetzgebung) Entwicklung von Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung
- Einführung direktdemokratischer Verfahren auf Bundesebene
- Ausbau des Wahlrechts für Ausländer und Ausweitung der Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche

- Ausbau und Erweiterung freiwilliger Instrumente zur Beteiligung, die die repräsentative Demokratie auf Bundesebene ergänzen
- Ausbau von Förderprogrammen zur Stärkung ziviler Haltungen wie Gewaltfreiheit und Toleranz (z.B. CIVITAS, Vielfalt tut gut)
- Anwendung von Förderkriterien, die zivile Haltungen voraussetzen

Ergänzung:

Themenfeld:

Engagementförderung durch Unternehmen (Zwischenbericht S. 17f., 20, 70-78, 89)

Maßnahmen:

- Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen, Zivilgesellschaft und Staat (z.B. Austauschplattformen, Netzwerke, Informationen über Werkzeuge und Formate, Benennung konkreter Ansprechpartner in allen Sektoren)
- Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation über den gesellschaftlichen Nutzen und Bedarf Bürgerschaftlichen Engagements durch Unternehmen
- Stärkung der Anerkennungskultur durch bundespolitische Förderung von Kampagnen zur Steigerung der öffentlichen Wertschätzung des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen
- Strategische Abstimmung und kooperative Entwicklung der CSR-Strategie und der CC-Strategie der Bundesregierung im Rahmen einer nationalen Engagementstrategie und Fortentwicklung der erforderlichen Rahmenbedingungen
- Förderung der Wirkungsforschung zu Maßnahmen im Bereich Corporate Citizenship
- Entwicklung einer einheitlichen Grundstruktur für Kompetenznachweise und Unterstützung bei Ihrer bundesweiten Verbreitung

Ergänzung:

Themenfeld:

Bildungspolitik und Engagementförderung (Zwischenbericht S. 18f., 25, 80-86)

Maßnahmen:

- Stärkung der koordinierenden Rolle des Bundes bei der Integration des Bürgerschaftlichen Engagements in den Bildungsauftrag und die Konzepte zukünftiger Schulentwicklung in enger Absprache mit den Ländern
- Unterstützung der Länder bei der Entwicklung einer partizipatorischen Schulkultur durch den Bund
- Förderung nachhaltiger Kooperationsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen in enger Abstimmung mit den Ländern
- Stärkere Forschungsanstrengungen zu den Lerndimensionen Bürgerschaftlichen Engagements durch den Bund
- Aufwertung der durch Bürgerschaftliches Engagement erworbenen Kompetenzen durch den Bund
- Initiierung von Modellprojekten, die die Zusammenarbeit von formalen und non-formalen Bildungsorten und -akteuren fördern (z.B. Kooperationen zwischen Schulen und Freiwilligendiensten)
- Dauerhafte Verankerung erfolgreicher Programme, wie z.B. der Bund-Länder-Kommission

Ergänzung:

Themenfeld:

Qualifizierung und Organisationsentwicklung für Hauptamtliche und Engagierte (Zwischenbericht S. 19f., 25, 88-96)

Maßnahmen:

- Entwicklung einer abgestimmten Förderstrategie von Bund, Ländern, Kommunen und Organisationen für die Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen
- Förderung engagementbezogener Organisationsentwicklung und damit verbundener Qualifizierung von Hauptamtlichen durch die Schaffung von Anreizsystemen und Beratungsmöglichkeiten (z.B. durch Fördermittelvergabe)
- Erwachsenenbildung: Initiierung und Koordinierung einer Länder übergreifenden Weiterbildungsoffensive für Weiterbildner und Weiterbildnerinnen durch den Bund
- Ausbau spezieller Weiterbildungsangebote für bildungsschwache Gruppen im Engagement
- Bestandsaufnahme der bestehenden Kompetenznachweise und deren Weiterentwicklung – Verbreitung unter Anwendern, Arbeitgebern und Organisationen zur stärkeren Anerkennung informellen Lernens im Engagement
- Erprobung, Weiterentwicklung und Verbreitung von Modellen gemeinsamer Qualifizierung von Hauptamtlichen und freiwillig Engagierten
- Stärkung einer koordinierenden Rolle des Bundes für die Förderung der Vernetzung und Koordination von Bildungseinrichtungen zu ihrer themen- und engagementspezifischen Spezialisierung (z.B. Internetangebote, Runde Tische) in enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen

Ergänzung:

Themenfeld:

Engagementforschung und Politikberatung (Zwischenbericht S. 20f., 98-104)

Maßnahmen:

- Entwicklung einer forschungspolitischen Strategie und Einrichtung von Forschungsverbänden zur Überwindung der schlecht ausgebauten Forschungsinfrastruktur
- Ressortübergreifende Abstimmung forschungspolitischer Bedarfe
- Einführung einer Engagementfolgenabschätzung, die – aufbauend auf die Untersuchung positiver und negativer Wirkungen Bürgerschaftlichen Engagements – Staat und Gesellschaft berät
- Einrichtung einer Clearing-Stelle, die eine koordinierende Funktion zwischen Politik und Wissenschaft übernimmt
- Einführung eines Engagement-Monitorings, das eine Dauerbeobachtung des Engagements auf individueller und Organisationsebene mittels qualitativer und quantitativer Methoden umfasst
- Fortführung des Freiwilligensurveys
- Internationale Abstimmung der Engagementforschung, um die Vergleichbarkeit von Studien zu gewährleisten

Ergänzung:

Themenfeld:

Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Europa
(Zwischenbericht S. 21-23, 106-116)

Maßnahmen:

- Mitwirkung der Bundesregierung an der Entwicklung einer gesamteuropäischen Engagementstrategie, die an nationale Engagementstrategien anknüpft, in die Debatte um europäische Bürgerschaft integriert wird, bestehende Instrumente der Zusammenarbeit nutzt und durch ein Grün- bzw. Weißbuchprozess eröffnet werden sollte
- Verbesserung der Information über Mitwirkungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene, um mehr Partizipation zu ermöglichen Vereinfachung des Zugangs zu europäischen Förderprogrammen durch Maßnahmen des Bundes, z.B. durch Informationsangebote oder Entbürokratisierung von Förderverfahren
- Überprüfung der Engagementverträglichkeit rechtlicher Rahmenbedingungen an der Schnittstelle zwischen nationaler Rechtssetzung und Gemeinschaftsrecht

- Hinwirkung der Bundesregierung auf einen europäischen Stiftungs- und Vereinsstatus
- Einrichtung grenzüberschreitender Freiwilligenagenturen um den Austausch guter Praxis und Maßnahmen der europäischen Mitgliedstaaten zu fördern
- Zeitnahe Vorbereitung für die nationale Umsetzung des Europäischen Jahres der Freiwilligen/des Engagements 2011, um es dafür zu nutzen, das Thema Bürgerschaftliches Engagement langfristig auf EU-Ebene zu verankern

Ergänzung:

Themenfeld:

- Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft**
(Zwischenbericht S. 23f., 25f., 118-128)

Maßnahmen:

- Bundespolitische Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Öffnung von Organisationen, z.B. durch Berücksichtigung der interkulturellen Öffnung bei der Fördermittelvergabe durch den Bund
- Förderung von Tandemprogrammen mit Organisationen der Mehrheitsgesellschaft und Migrantenorganisationen, die Kooperation auf Augenhöhe ermöglichen
- Besondere Berücksichtigung von Migrantenorganisationen in den Förderstrukturen des Bundes
- Maßnahmen zu Qualifizierung und Empowerment von Migrantenorganisationen
- Stärkere Beteiligung von Migrantenorganisationen an bundespolitischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen
- Förderung von Forschungsprojekten, die das Bürgerschaftliche Engagement von Migranten zum Thema haben und diese zugleich in Forschungskonzeptionen und -durchführung einbeziehen

Ergänzung: